



: COVID-19 als Weckruf? Perspektiven für ein solidarisches Europa

Stand: 24. 05.2022

Öffentliche Abendveranstaltung

Frauenkirche Dresden

30. Juni 2022, 19.00 Uhr

Im Rahmen des Dresdner Forums für Internationale Politik 2022

Konferenzsprachen

Deutsch/Englisch (Simultandolmetschung)

Kooperationspartner



Mit Mitteln des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtages beschlossenen Haushaltes.



#DFIP22

ZUM THEMA

Der Vertrag über die Europäische Union benennt die Förderung der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten als eines der wesentlichen Ziele. Wie es in der Praxis darum bestellt ist, zeigt sich vor allem in Krisen, von denen die EU im vergangenen Jahrzehnt eine Vielzahl meistern musste: Die Finanzkrise mit einer hohen Jugendarbeitslosigkeit, der Umgang mit Geflüchteten und der Austritt Großbritanniens standen im Mittelpunkt europäischen Handelns.

Seit 2020 bestimmten vor allem die Corona-Pandemie und ihre Folgen die Agenda der EU. Als die erste Welle den Kontinent erfasste, stellten viele EU-Staaten nationale Interessen über die europäische Solidarität. Mangelnde Koordination bezüglich der Gesundheitsausrüstung, fehlende gemeinsame Schritte gegen die Ausbreitung der Pandemie und nicht zuletzt die Schließung der innereuropäischen Grenzen waren die Folgen. Dem kollektiven Erschrecken über diesen Mangel an Solidarität folgten intensive Bemühungen um ein gemeinsames Vorgehen. Als positives Beispiel europäischer Zusammenarbeit wird vielfach die grenzüberschreitende Unterstützung bei der Intensiv-Behandlung von Corona-Patienten oder die gemeinsame Impfstoffbestellung genannt. Doch auch in der Bewältigung der (vor allem) wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie wird sich zeigen, inwiefern die europäischen Staaten bereit sind, gemeinschaftliches Handeln vor kurzfristige nationale Interessen zu setzen und damit den innereuropäischen Frieden dauerhaft zu sichern. Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine und der daraus resultierenden Fluchtbewegung wird die Solidarität innerhalb der Europäischen Union erneut auf die Probe gestellt.

Welche Erkenntnisse lassen sich aus dem Umgang mit der Corona-Pandemie und der Reaktion auf den Angriff auf die Ukraine für solidarisches Handeln der EU ziehen? Wie kann künftig ein besseres innereuropäisches Krisenmanagement von Anfang an gelingen? Lässt sich in der aktuellen Situation bereits ein verändertes Miteinander erkennen? Müssen Kompetenzen zwischen den Nationalstaaten und der EU ggf. neu geordnet werden, zum Beispiel im Bereich der Gesundheitspolitik? Wie können die wirtschaftlichen und sozialen Folgen in Kooperation bewältigt werden? Und was würde ein gestärkter innereuropäischer Zusammenhalt für die Rolle der EU auf der politischen Weltbühne bedeuten?

PROGRAMM

19.00 UHR MUSIKALISCHE ERÖFFNUNG

19.05 UHR BEGRÜSSUNG

Maria Noth

Stiftung Frauenkirche Dresden

19.10 UHR ERÖFFNUNG

Michael Kretschmer

Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, Dresden
Stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums der
Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:)

GRUSSWORT

Dr. Jürgen Zattler

Abteilungsleiter „Internationale Entwicklungspolitik; Agenda 2030; Klima“
Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung, Bonn/Berlin

19.25 UHR IMPULSE

Marija Pejčinović Burić (angefragt)

Generalsekretärin
Europarat, Brussels

Manfred Weber MdEP

Mitglied der Konferenz der Präsidenten,
Europäisches Parlament, Straßburg/Brüssel

19.55 UHR IM GESPRÄCH MIT

Dr. Tomáš Jelínek

Geschäftsführer
Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds, Prag

20.45 UHR MUSIKALISCHE VERABSCHIEDUNG

Organist: **Samuel Kummer**